Gemeinde Testorf-Steinfort

Vorlage-Nr: VO/09GV/2015-140 Beschlussvorlage Status: öffentlich Aktenzeichen: Federführender Geschäftsbereich: Datum: 19.11.2015 Verfasser: G. Matschke Bauamt Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort für das Gebiet "Am Gutshof" in Testorf hier: Erschließungsvertrag mit dem Zweckverband Grevesmühlen Beratungsfolge: Datum Gremium Teilnehmer Nein Enthaltung 03.12.2015 Gemeindevertretung Testorf-Steinfort

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Testorf-Steinfort beschließt den Erschließungsvertrag/-vereinbarung mit dem Zweckverband Grevesmühlen für den Bebauungsplan Nr. 3 "Am Gutshof" in Testorf gemäß Anlage.
- 2. Der Bürgermeister wird beauftragt mit dem Zweckverband Grevesmühlen den Erschließungsvertrag/-vereinbarung gemäß Anlage abzuschließen.

Sachverhalt:

Es ist vor Satzungsbeschluss erforderlich, dass zwischen dem Erschließungsträger und dem Zweckverband GVM eine Erschließungsvereinbarung abgeschlossen wird. Da hier die Gemeinde als Erschließungsträger auftritt, ist eine Erschließungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Testorf-Steinfort und dem Zweckverband GVM erforderlich.

Das Grundstück im Plangebiet, welches sich im Eigentum der Gemeinde befindet, unte dem Anschluss-und Benutzungszwang gemäß gültiger Satzung des Zweckverbandes und ist entsprechend der Beitragssatzung beitragspflichtig. Die vorliegende Erschließuvereinbarung beinhaltet dazu Regelungen.	GVM
Finanzielle Auswirkungen:	
Anlage/n: - Erschließungsvereinbarung	

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Erschließungsvereinbarung

zum B-Plan Nr. 3 Testorf

"Am Gutshof", Gemeinde Testorf-Steinfort

Zwischen der

Gemeinde Testorf-Steinfort über Amt Grevesmühlen Land

Rathausplatz 1

23936 Grevesmühlen

vertreten durch: Herrn Hans-Jürgen Vitense, Bürgermeister

nachfolgend "Erschließer" genannt

und dem:

Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmühlen

Karl-Marx-Straße 7-9 23936 Grevesmühlen

vertreten durch: Herrn Eckhard Bomball, Verbandsvorsteher

nachfolgend "ZVG" genannt

Präambel

Da die vollständige Erschließung des Gebietes durch Trink- und Abwasseranlagen mit Anschluss an vorhandene öffentliche Anlagen derzeit nicht gegeben ist, beabsichtigt der Erschließer, die Grundstücke des B-Plangebietes Nr. 3 der Gemeinde Testorf-Steinfort (Anlage 1) zu erschließen.

Zwischen den Vertragspartnern wird daher folgende Vereinbarung entsprechend § 124 BauGB geschlossen:

§ 1 Aufgabenabgrenzung

- 1. Der Erschließer stellt auf eigene Kosten folgende öffentliche Anlagen zur Ver- und Entsorgung mit Trink-, Schmutz- und Niederschlagswasser her:
 - a) Trinkwasserversorgungsleitungen in den Erschließungsstraßen von den vorhandenen Anschlusspunkten der öffentlichen Wasserversorgung (siehe Anlage 2) einschließlich Hausanschlussleitungen bis ca. 1 m auf die Baugrundstücke
 - b) funktionsfähige Schmutzwasserkanalisation einschließlich erforderlicher Pumpwerke, Druckrohrleitungen, Kabel sowie Anlagen, welche zum Transport des Schmutzwassers notwendig sind, vom Anschlussbereich (siehe Anlage 3) sowie Grundstücksanschlüsse entsprechend Entwässerungssatzung des Zweckverbandes auf die geplanten Baugrundstücke (bis ca. 1 m)

- c) funktionsfähige Niederschlagswasserkanalisation mit eventuell erforderlichen Rückhalteanlagen, bzw. Leitungen bis zur Vorflut entsprechend Vorgabe des Wasser- und Bodenverbandes, sowie Grundstücksanschlüsse entsprechend Entwässerungssatzung des Zweckverbandes auf die geplanten Baugrundstücke (bis ca. 1 m)
- Notwendige Straßenabläufe einschließlich Zuleitung zur Niederschlagswasserkanalisation sind mit dem Straßenbaulastträger abzustimmen.
- 3. Die vereinbarte Erschließung kann in Bauabschnitten erfolgen. Die hergestellten Anlagen müssen jedoch der Gesamtplanung entsprechen und ver- bzw. entsorgungswirksam sein.
- 4. Ein erforderlicher Rückbau oder eine Umverlegung vorhandener Altanlagen zur Ver- und Entsorgung ist Aufgabe des Erschließers.

§ 2 Löschwasser

- 1. Der ZVG kann bei Bedarf Löschwasser entsprechend seiner Möglichkeiten unter Beachtung der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung mittels einer noch abzuschließenden Vereinbarung bereitstellen. Dazu ist dem Zweckverband durch das beauftragte Planungsbüro vor Erstellung der Genehmigungsplanung der notwendige Bedarf, unter Vorlage des hydraulischen Nachweises, dass die Bedarfsmengen über das vorhandene und geplante Trinkwassersystem erbracht werden können, zu benennen.
- Nach Klärung der möglichen Löschwasserkapazität ist vor Ausschreibung und Bau der Wasserversorgungsanlagen die Löschwasserbereitstellung auf Antrag durch den Erschließer mit dem ZVG vertraglich zu vereinbaren.

§ 3 Planung, Bauausführung und Gewährleistung, Leistungen des Erschließers

- 1. Mit der technischen Planung, der Herstellung der Planungsunterlagen, der Baubetreuung (Phase 1 bis 9 § 40-43 HOAI) sowie der örtlichen Bauüberwachung gemäß § 40-43 HOAI für die unter § 1 Abs. 1 genannten Erschließungsleistungen wird der Erschließer ein fachlich geeignetes Ingenieurbüro im Einvernehmen mit dem ZVG beauftragen, welches gleichzeitig die Planung der Straßen und Wegeflächen durchführt. Für die Niederschlagswasserkanalisation ist der hydraulische Nachweis bis zur Vorflut (Gewässer 2. Ordnung) zu erbringen. Das Ingenieurbüro ist nach Beauftragung durch den Erschließer innerhalb von 14 Tagen schriftlich dem ZVG anzuzeigen.
- Der Erschließer hat das Ingenieurbüro über die vereinbarten Pflichten und Auflagen dieser Vereinbarung zu informieren und ihn zu einem sofortigen Vorstellungstermin beim ZVG zur Abstimmung der Aufgabenstellung zu verpflichten.
- 3. Der Erschließer wird die vom Ingenieurbüro erstellten Ausführungspläne, das Leistungsverzeichnis sowie die erforderlichen Unterlagen für die behördlichen Genehmigungen rechtzeitig vor der Ausschreibung der Erschließungsleistungen dem ZVG zur Prüfung vorlegen und nach Freigabe an die zuständigen Behörden zur Genehmigung weiterleiten.

- 4. Soll die Erschließung in Bauabschnitten realisiert werden, so ist die Gesamtplanung einschließlich der Planung der Teilabschnitte vom ZVG genehmigen zu lassen.
- 5. Die vom ZVG und den zuständigen Behörden geprüften Unterlagen werden Bestandteil dieses Vertrages.
- 6. Abweichungen von den behördlich genehmigten Plänen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des ZVG.
- 7. Die Auftragsvergabe für die unter § 1 Abs. 1 genannten Erschließungsleistungen darf nur an Unternehmen erfolgen, die die erforderlichen fachlichen Eignungen (DVGW-Zulassung bzw. Güteschutz Kanalbau) besitzen. Die vorgesehene Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung des ZVG. Diese darf nur versagt werden, wenn begründete Einwände gegen die fachliche Eignung und/oder Finanzkraft des Auftragnehmers bestehen.
- 8. Mit den bauausführenden Unternehmen ist eine Gewährleistung von fünf Jahren zu vereinbaren. Die Gewährleistung beginnt mit der Abnahme, soweit diese frei von wesentlichen Mängeln ist. Zur Gewährleistungsabnahme wird durch den ZVG eine Kanaluntersuchung einschließlich Befilmung beauftragt. Die oben beschriebenen Erschließungsanlagen werden jede für sich durch den ZVG und den Erschließer gemeinsam abgenommen, soweit die Anlagen in sich funktionsfähig fertig gestellt worden sind. Der ZVG führt auch eine Endabnahme durch. Diese bezieht sich auf die Abnahme der Fertigstellung der Oberflächen und Straßennebenflächen, in ihrer höhenmäßigen Angleichung, den ordnungsgemäßen Einbau von Schachtabdeckungen, Ventilanbohrbrücken, Schiebergestänge, etc. und der in sich schlüssigen Funktionsfähigkeit der Gesamtanlage.

Der ZVG ist zu den Abnahmen rechtzeitig einzuladen. Über die Abnahmen sind Abnahmeprotokolle zu fertigen, die vom Erschließer und dem ZVG zu unterschreiben sind. Eine Ablichtung der Protokolle erhält der ZVG.

- 9. Zur Abnahme durch den Erschließer müssen die nachfolgenden Unterlagen dem ZVG überreicht werden:
 - Anlagengenehmigung
 - Hygienefreigabe Trinkwasserleitungen und -anlagen
 - Bericht Kamerabefahrung der Kanalisation nach Vorgabe ZVG
 - Druckprotokoll für Druckrohrleitungen und Abwasserschächte
 - Molchprotokoll f
 ür Druckrohrleitungen
 - Vorabzug Bestands- und Anlagendokumentation für Leitungen und Anlagen
 - Hausanschlusskarten
 - Zahlungseingang der Kostenbeteiligung beim ZVG nach § 5 Abs. 2 u. Abs. 4
 - Originalbürgschaft des Baubetriebes für Gewährleitungsansprüche zu Gunsten des ZVG über 5 Jahre
 - Wasserrechtliche Erlaubnis

Weiterhin muss der Nachweis notwendiger eingetragener Dienstbarkeiten bzw. notarieller Bewilligungen zur Eintragung entsprechender Dienstbarkeiten für die Leitungstrassen und Anlagen sowie ein eventueller Eigentumsnachweis für bebaute Grundstücke zu Gunsten des ZVG vorliegen.

- 10. Der ZVG erhält das Recht, die Durchführung der Erschließungsarbeiten auf der Baustelle jederzeit zu kontrollieren. Der ZVG ist zu den Baustellenberatungen einzuladen.
- 11. Für alle Schäden und Schadenersatzansprüche Dritter, die dem ZVG aus einem etwaigen Verzug der Fertigstellung der Erschließungsleistungen nach § 1 Abs. 1 entstehen bzw. ihm gegenüber geltend gemacht werden, weil eine Ver- und Entsorgung von Grundstücken nicht termingerecht vorgenommen werden kann, haftet der Erschließer.
- 12. Für jedes verkaufte Grundstück hat durch den zukünftigen Grundstückseigentümer rechtzeitig eine Anmeldung des Wasser- bzw. Abwasseranschlusses beim ZVG gemäß dessen gültiger Wasser- und Entwässerungssatzung vor Herstellung und Inbetriebnahme zu erfolgen.
- 13. Nach erfolgter Anmeldung werden die Trinkwasserhausanschlüsse durch den ZVG oder von diesem beauftragter Firmen fertig gestellt. Anfallende Kosten werden entsprechend Satzung dem zukünftigen Grundstückseigentümer in Rechnung gestellt.
- 14. Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind entsprechend der einschlägigen Satzung des ZVG herzustellen.
- 15. Die Regelungen der Abs. 12 bis 14 wird der Erschließer den zukünftigen Grundstückserwerbern im Kaufvertrag auferlegen.
- 16. Der Erschließer hat vom Grundsatz sicherzustellen, dass mit den Hochbauten im Erschließungsgebiet oder eines Bauabschnitts erst nach Fertigstellung der Erschließungsanlagen entsprechend §1 Abs.1 und deren Abnahme durch den ZVG begonnen wird. Für alle Schäden, die dem ZVG aus einem etwaigen Verzug entstehen, der zur Folge hat, dass Anschlüsse für fertig gestellte Hochbauten nicht termingerecht vorgenommen werden können, haftet der Erschließer.

§ 4 Übereignung/Übernahme

- 1. Der Erschließer verpflichtet sich, die nach § Abs. 1 hergestellten 1 Erschließungsanlagen dem ZVG unentgeltlich zu übereignen. Nicht übernommen werden Straßenabläufe sowie die dazu gehörenden Ableitungen bis Niederschlagswasserkanalisation. Die Übergabe an den Straßenbaulastträger und die Unterhaltung der Anlagen ist mit diesem vertraglich zu regeln. Unbeschadet des tatsächlichen Eigentumsüberganges übernimmt der ZVG am Tag der mängelfreien Abnahme die Anlagen gem. § 1 Abs. 1 mit allen Rechten und Pflichten eines Eigentümers.
- Die übernommenen Anlagen gehen in das Eigentum des ZVG über, sofern der Erschließer spätestens sechs Monate nach dem Abnahmetermin dem ZVG nachfolgende Unterlagen übergeben hat:
 - selbstschuldnerische Gewährleistungsbürgschaften im Original der jeweiligen bauausführenden Unternehmen unter Abtretung sämtliche Gewährleistungsansprüche des Erschließers an den ZVG

- Abnahmeprotokolle
- Schlussrechnungen
- Bestands- und Anlagendokumentation, DV-gerecht entsprechend Vorgabe ZVG "Festlegung zur Führung der Bestandsdokumentation"

Bis zum Eigentumsübergang wird durch den ZVG eine Anschlussgestattung unter dem Vorbehalt der zukünftigen Übereignung der Anlagen erteilt.

- 3. Zur Übergabe/Übernahme ist ein gemeinsames Protokoll zu fertigen.
- 4. Für die Übernahme des Haus- bzw. Grundstücksanschlusses gelten die Wasser- bzw. die Entwässerungssatzung in jeweils gültiger Form.

§ 5 Genehmigung und Dienstbarkeiten

- 1. Der Erschließer wird alle für die unter § 1 Abs. 1 genannten Erschließungsanlagen erforderlichen Genehmigungen selbst einholen.
- Der Erschließer sichert den Eigentumsübergang an Flurstücken bzw. Teilflächen, auf denen wasserwirtschaftliche Anlagen durch den Erschließer errichtet wurden, die in das Eigentum des ZVG übergehen müssen, zu Gunsten des ZVG zu. Diese Flächen werden nach Vorlage und Genehmigung der Planung vom ZVG benannt.
- 3. Sofern im Zuge der Erschließung Dienstbarkeiten zur Errichtung, Unterhaltung, Betrieb, Erneuerung der Anlagen zu Gunsten des ZVG notwendig sind, verpflichtet sich der Erschließer, diese bzw. das Recht zur Einräumung auf seine Kosten zu beschaffen. Die Dienstbarkeiten müssen auf Dritte übertragbar sein.

§ 6 Kostenbeteiligung

- 1. Der Erschließer beteiligt sich an den Kosten der Herstellung der öffentlichen Abwasserentsorgungssysteme (Schmutz- und Niederschlagswasser).
- 2. Entsprechend aktueller Beitragskalkulation des ZVG zahlt der Erschließer die anteiligen Kosten für die Herstellung des öffentlichen Transportsystems Schmutzwasser und für die Schmutzwasserreinigung (Kläranlage) zur Ableitung und Reinigung des Schmutzwassers aus dem B-Plangebiet. Dies sind bei Vertragsabschluss im Jahr 2015 35 % des nach Beitragssatzung des ZVG ermittelten Anschlussbeitrages (Anlage 4). Der Zahlungseingang beim ZVG muss vor Abnahme und Inbetriebnahme der vereinbarten Erschließungsanlagen sein.
- 3. Des Weiteren beteiligt sich der Erschließer an den anteiligen Kosten, welche sich aus der Differenz zwischen dem nach gültiger Beitragssatzung für das B-Plangebiet ermittelten Beitrag (entsprechend aktueller Beitragskalkulation) für die Sammlung des Schmutzwassers (Kanalnetze) von 65 % und den tatsächlichen Aufwendungen des Erschließer für die Herstellung der nach § 1 Abs.1 Buchstabe b erstellten Anlagen sowie anteiligen Ingenieurgebühren ergibt. Übersteigen die Aufwendungen des Erschließers den satzungsgemäß ermittelten Anschlussbeitrag, so hat der Erschließer keinen Anspruch auf Erstattung der hierüber hinaus entstandenen Kosten.

Die mögliche Zahlungsverpflichtung des Erschließers wird 3 Monate nach Vorlage der geprüften Schlussrechnung fällig. Liegt die Schlussrechnung nicht fristgemäß vor, gilt als Berechnungsgrundlage die vom ZVG anerkannte Kostenschätzung.

4. Entsprechend aktueller Beitragskalkulation des ZVG zahlt der Erschließer anteilige Kosten für die Herstellung des öffentlichen Transportsystems Niederschlagswasser zur Ableitung des Niederschlagswassers aus dem B-Plangebiet an vorhandene Anlagen. Dies sind bei Vertragsabschluss 50% des nach Beitragssatzung des ZVG ermittelten Anschlussbeitrages (Anlage 4). Der Zahlungseingang beim ZVG muss vor Abnahme und Inbetriebnahme der vereinbarten Erschließungsanlagen sein.

Die verbleibende Restsumme von 50 % des ermittelten Anschlussbeitrages nach Anlage 4 wird verrechnet mit den tatsächlichen Aufwendungen des Erschließers für die Herstellung der nach § 1 Abs. 1 Buchstabe c erstellten Anlagen sowie anteiligen Ingenieurgebühren. Übersteigen die Aufwendungen des Erschließers den satzungsgemäß ermittelten Anschlussbeitrag, so hat der Erschließer keinen Anspruch auf Erstattung der hierüber hinaus entstandenen Kosten.

Die mögliche Zahlungsverpflichtung des Erschließers wird 3 Monate nach Vorlage der geprüften Schlussrechnung fällig. Liegt die Schlussrechnung nicht fristgemäß vor, gilt als Berechnungsgrundlage die vom ZVG anerkannte Kostenschätzung.

Der ZVG verpflichtet sich mit dieser Vereinbarung, weder vom Erschließer noch von künftigen Grundstückseigentümern im Bereich des zu erschließenden B-Plangebietes, Schmutz-Anschlussbeiträge für den Anschluss an die Niederschlagswasserkanalisation entsprechend der Beitragssatzung des ZVG zu erheben. Das betrifft nicht Beiträge, die künftig für die Trinkwasserversorgung oder für einen später erforderlichen Ausbau, Umbau oder für eine Erweiterung der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Kläranlage erforderlich werden. Diese Verpflichtung gilt unter dem Vorbehalt, dass der Erschließer die Erschließungsanlagen vereinbarungsgemäß herstellt und die sich aus Abs. 1 bis 4 ergebenden Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat.

§ 7 Wirksamkeit / gesamtschuldnerische Haftung

- 1. Erfüllt der Erschließer seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht oder nur fehlerhaft, so ist der ZVG berechtigt, ihm schriftlich eine angemessene Frist zur Ausführung oder Nachbesserung der Arbeiten zu setzen.
- 2. Erfüllt der Erschließer auch bis zum Ablauf dieser Frist seine vertraglichen Verpflichtungen nicht, kann der ZVG ohne Wahrung weiterer Fristen von der Vertragserfüllungsbürgschaft Gebrauch machen bzw. vom Vertrag zurücktreten.

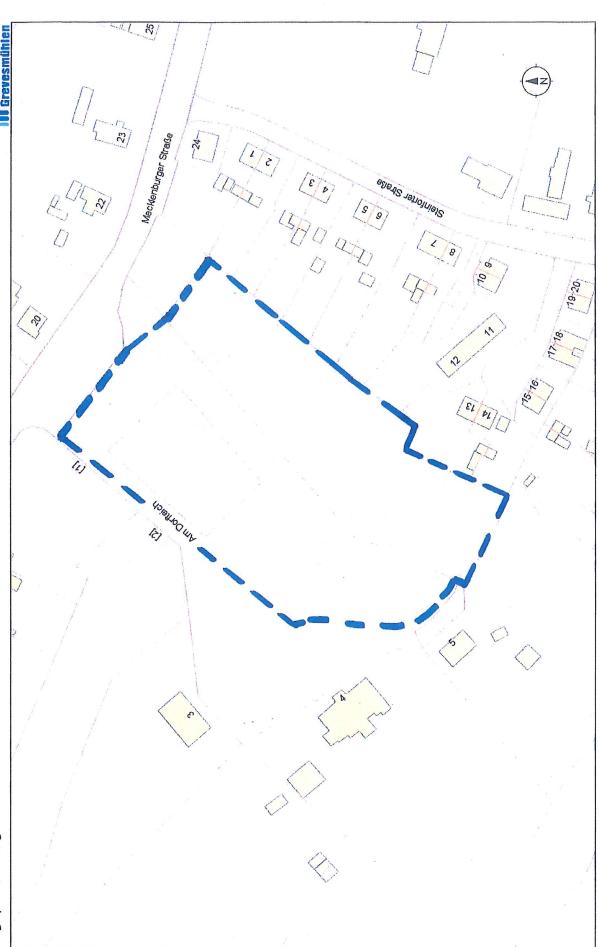
§ 8 Salvatorische Klauseln

- 1. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung nichtig oder unwirksam sein, so soll die Rechtswirksamkeit des gesamten Vertrages davon nicht berührt werden. Vielmehr verpflichten sich die Partner schon jetzt, solche Bestimmungen abzuändern oder durch solche zu ergänzen, die den wirtschaftlichen Zweck dieser Vereinbarung sichern.
- 2. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.
- Im Übrigen gelten die Satzungen des ZVG in der jeweils gültigen Fassung.

4. Gerichtsstand für S	Streitigkeiten aus diesem Vertrag i	ist Grevesmühlen.
Grevesmühlen, den		, den
Verbandsvorsteher		Bürgermeister
1. Stellvertreter		 1.Stellvertreter
-Siegel -		-Siegel-
Anlage 1 Anlage 2 Anlage 3	rtrages sind die Anlagen 1-4 - Lagepläne des B-Plangebietes - Anschlusspunkt an die öffentlich - Anschlusspunkt an öffentliche Ar - Kostenbeteiligung	

B-Plan Nr. 3 "Am Gutshof" Testorf Steinfort

Lageplan; Anlage 1



© Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmuehlen Karl-Marx-Str. 7/9, 23936 Grevesmuehlen,Telefon: 03881-7570, info@zweckverband-gvm.de

26.11.2015 Maßstab 1:1500

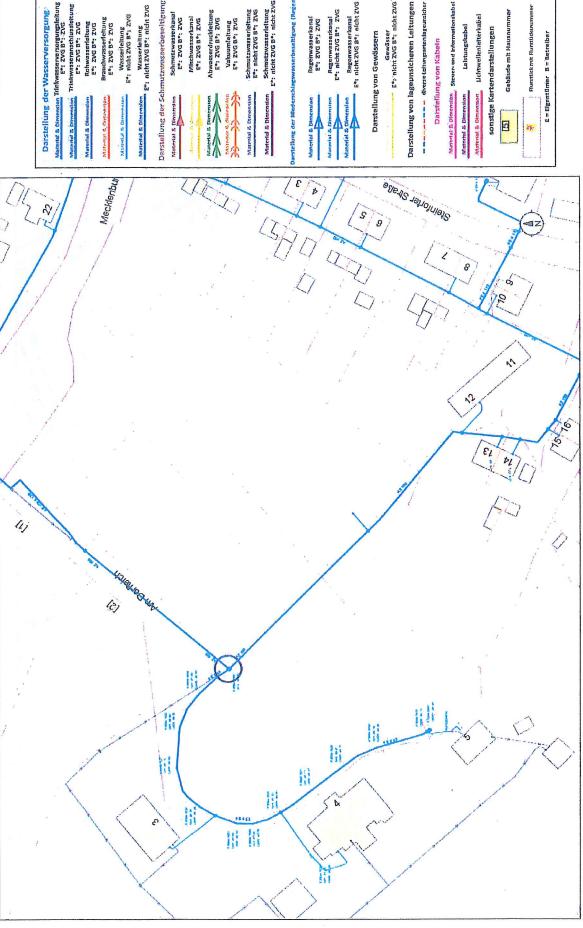
30 m

B-Plan Nr. 3 "Am Gutshof" Testorf Steinfort

Bestandsplan Trinkwasser, Anlage 2







Schmutzwasserleitung E*: nicht ZVG B*: nicht ZVG

chmutzwannerieltung

Regenwasserkanal E*: nicht ZVG B*: ZVG

Regenwasserkanal

Wasserfeitung E": nicht ZVG B": nicht ZVG

Wasserleitung E*; nicht ZVG B*; ZVG

auchwasserieltung Rohwasserieltung E*: ZVG B*: ZVG

Trinkwasseranschlussleit E*: ZVG B*: ZVG

Schmutzwasserkanal E*: ZVG B*: ZVG

Mischwasserkanal

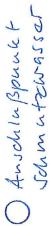
Abwasserdruckleitur E*: ZVG B*; ZVG Vakuumleltung E": ZVG B": ZVG

Gawässer

E*: nicht ZVG B*: nicht ZVG Regenwasserkanal E*: nicht ZVG B*: nicht ZVG Darstellung von lageunsicheren Leitungen Lichtwellenleiterkabel Darstellung von Gewässern E = Elgentlimer B = Betralbar Daistellung von Kabeln

B-Plan Nr. 3 "Am Gutshof" Testorf Steinfort

Bestandsplan Abwasser; Anlage 3

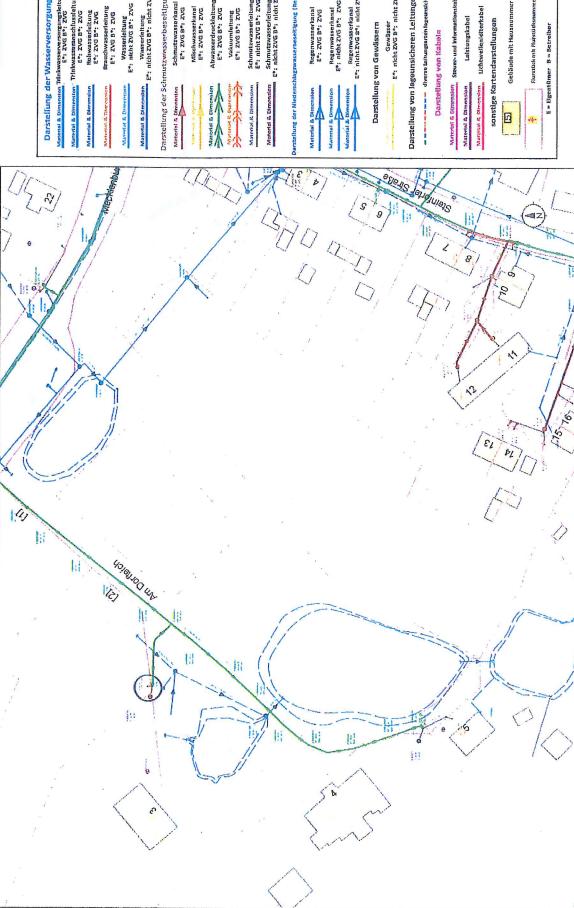




Wasserleitung E*: nicht ZVG B*: ZVG

Brauchwasserieltung E*; ZVG B*; ZVG

Rohwasserleitung E*: ZVG B*: ZVG



Darstellung der Schrautzwasserbeseitigung Wasserfeltung E": nicht ZVG B": nicht ZVG Schmutzwasserleitung E*: nicht ZVG B*; nicht ZVG Regenwasserkanal E*: nicht ZVG S*: nicht ZVG Gewässer E*: nicht ZVG B*: nicht ZVG Darstellung von lageunsicheren Leitungen Regenwasserkana! E*: nicht zvG B*: zvG Schmutzwasserleitung E*: nicht ZVG B*: ZVG Schmutzwasserkenal E*: ZVG B*: ZVG Gebäude mit Hausnumme Mischwasserkana! Abwaszerdruckleltur E*: ZVG B*: ZVG Vakuumleltung E°: ZVG B*; ZVG Regenwasserkanal E*: ZVG B*: ZVG sonstige Kartendarstellungan Darstellung von Gewässern E = Elgentümer B = Betreiber Darstellung von Kabeln

30 m

26.11.2015 Maßstab 1:1250

© Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmuehlen Karl-Marx-Str. 7/9, 23936 Grevesmuehlen,Telefon: 03881-7570, info@zweckverband-gvm.de



Zweckverband Grevesmühlen · Karl-Marx-Str. 7/9 · 23936 Grevesmühlen

Karl-Marx-Str. 7/9 23936 Grevesmühlen

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Der Verbandsvorsteher -

Standort- und Anschlusswesen Beitragserhebung-

Montag bis Mittwoch und Freitag 9,00 - 16,00 Uhr

Donnerstag

9.00 - 18.00 Uhr

Mein Aktenzeichen

Sachauskunft

TP Durchwahl

Datum

t14/mb

Monika Burmeister

-716

19.11.2015

Voraussichtliche Höhe der Kostenbeteiligung bei Herstellung des Anschlusses an das öffentliche Schmutzwasser- und Niederschlagswasserentsorgungssystem

Anschlussmaßnahme: Erschließung im Bereich Testorf

Grundstück:

Satzung der Gemeinde Testorf-Steinfort

über den Bebauungsplan Nr. 3 für das Gebiet "Am Gutshof"

in Testorf - Entwurf (Planungsstand: 15.05.2013)

Berechnung der voraussichtlichen Kostenbeteiligung

a) beitragsfähige Grundstücksfläche	11.420,00	m ²
b) Zulässige Geschossfläche	5.139,00	m"
c) Zulässige Grundfläche	3.426,00	m^2
d) Beitragssatz - beitragsfähige Grundstücksfläche	0,51	EUR
e) Beitragssatz – zulässige Geschossfläche	7,16	EUR
f) Beitragssatz – zulässige Grundfläche	5,11	EUR
g) Teilbeitrag – beitragsfähige Grundstücksfläche (a) x d))	5.824,20	EUR
h) Teilbeitrag – zulässige Geschossfläche (b) x e))	36.795,24	EUR
i) Teilbeitrag – zulässige Grundfläche (c) x f))	17.506,86	EUR
Kostenbeteiligung Schmutzwasser (100 %) g+h Kostenbeteiligung Regenwasser (100 %) i	42.619,44 17.506,86	EUR EUR

Hinweise zur Berechnung

Bitte beachten Sie, dass Schätzungen grundsätzlich unverbindliche Angaben zur voraussichtlichen Höhe des Beitrages sind, auf dessen Beibehaltung im Rahmen der Beitragserstellung kein Rechtsanspruch besteht.

Telefon (03881) 7 57-0 (03881) 75 71 11 e-mail: info@zweckverband-gvm.de Internet: www.zweckverband-gvm.de

St.-Nr.: 080/144/02307 USt-Ident-Nr.; DE137441833 Bankverbindungen: Sparkasse Mecklenburg-Nordwest Kto.-Nr. 1000 044 200 BLZ 140 510 00 IBAN DE26 1405 1000 1000 0442 00 **BIC NOLADE21WIS**

Commerzbank AG Kto.-Nr. 358 18 16 BLZ 130 400 00 IBAN DE02 1304 0000 0358 1816 00 BIC COBADEFFXXX

DKB Deutsche Kreditbank AG Kto.-Nr. 20 34 22 BLZ 120 300 00 IBAN DE39 1203 0000 0000 2034 22 BIC BYLADEM1001



Berechnungsgrundlage für den Anschlussbeitrag an die Schmutzwasserbeseitigungsanlage sind die Grundstücksfläche sowie die zulässige Geschossfläche (bauliche Ausnutzung) des Grundstückes.

Grundstücksfläche und Geschossfläche werden jeweils mit einem Beitragssatz multipliziert.

Berechnungsgrundlage für den Anschlussbeitrag an die Niederschlagswasserbeseitigungsanlage ist die zulässige Grundfläche des Grundstückes.

Die Grundstücke befinden sich in einem Bebauungsplan.

Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken, die in einem Bebauungsplan liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes, wenn hierfür bauliche oder gewerbliche Nutzung vorgesehen ist.

Auf Grund der Vorgaben des Bebauungsplanes wurde die zulässige bauliche Ausnutzung und die Geschossflächenzahl/Grundflächenzahl sowie die daraus resultierende zulässige Geschossfläche/Grundfläche unter dem Punkt `Beitragsberechnung` festgesetzt.

Sollten zu dieser Beitragsschätzung Fragen auftreten, wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an den o. g. Mitarbeiter.

Dieses Schreiben ist kein Bescheid gem. § 8 unserer Beitragssatzung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Monika Burmeister



Zweckverband Grevesmühlen - Karl-Marx-Str. 7/0 · 23936 Grevesmühlen

Karl-Marx-Str. 7/9 23936 Grevesmühlen

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Der Verbandsvorsteher -

Standort- und Anschlusswesen 5 Beitragserhebung-

Montag bis Mittwoch und Freitag 9.00 - 16.00 Uhr Donnerstag

9.00 - 18.00 Uhr

Mein Aktenzeichen

Sachauskuntt

27 Durchwahl

Datum

t14/mb

Monika Burmeister

-716

19.11.2015

Voraussichtliche Höhe der Kostenbeteiligung bei Herstellung des Anschlusses an das öffentliche Schmutzwasser- und Niederschlagswasserentsorgungssystem

Anschlussmaßnahme: Erschließung im Bereich Testorf

Grundstück:

Satzung der Gemeinde Testorf-Steinfort

über den Bebauungsplan Nr. 3 für das Gebiet "Am Gutshof"

in Testorf - Entwurf (Planungsstand: 15.05.2013)

Berechnung der voraussichtlichen Kostenbeteiligung

a) beitragsfähige Grundstücksfläche	1,650,00	m ²
b) Zulässige Geschossfläche	742,50	m"
c) Zulässige Grundfläche	495,00	m²
d) Beitragssatz - beitragsfähige Grundstücksfläche	0,51	EUR
e) Beitragssatz – zulässige Geschossfläche	7,16	EUR
f) Beitragssatz – zulässige Grundfläche	5,11	EUR
g) Teilbeitrag – beitragsfähige Grundstücksfläche (a) x d))	841,50	EUR
h) Teilbeitrag – zulässige Geschossfläche (b) x e))	5.316,30	EUR
i) Teilbeitrag – zulässige Grundfläche (c) x f))	2.529,45	EUR
W		
Kostenbeteiligung Schmutzwasser (100 %) g+h	6.157,80	EUR
Kostenbeteiligung Regenwasser (100 %) i	2.529,45	EUR

Hinweise zur Berechnung

Bitte beachten Sie, dass Schätzungen grundsätzlich unverbindliche Angaben zur voraussichtlichen Höhe des Beitrages sind, auf dessen Beibehaltung im Rahmen der Beitragserstellung kein Rechtsanspruch besteht.

(03881) 7 57-0

(03881) 75 71 11 e-mail: info@zweckverband-gvm.de Internet: www.zweckverband-gvm.de

St.-Nr.: 080/144/02307 USt-Ident-Nr.: DE137441833

Bankverbindungen: Sparkasse Mecklenburg-Nordwest Kto.-Nr. 1000 044 200 BLZ 140 510 00 IBAN DE26 1405 1000 1000 0442 00 BIC NOLADE21WIS

Commerzbank AG Kto.-Nr. 358 18 16 BLZ 130 400 00 IBAN DE02 1304 0000 0358 1816 00 BIC COBADEFFXXX

DKB Deutsche Kreditbank AG Kto.-Nr. 20 34 22 BLZ 120 300 00 IBAN DE39 1203 0000 0000 2034 22 BIC BYLADEM1001



Berechnungsgrundlage für den Anschlussbeitrag an die Schmutzwasserbeseitigungsanlage sind die Grundstücksfläche sowie die zulässige Geschossfläche (bauliche Ausnutzung) des Grundstückes.

Grundstücksfläche und Geschossfläche werden jeweils mit einem Beitragssatz multipliziert.

Berechnungsgrundlage für den Anschlussbeitrag an die Niederschlagswasserbeseitigungsanlage ist die zulässige Grundfläche des Grundstückes.

Die Grundstücke befinden sich in einem Bebauungsplan.

Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken, die in einem Bebauungsplan liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes, wenn hierfür bauliche oder gewerbliche Nutzung vorgesehen ist.

Auf Grund der Vorgaben des Bebauungsplanes wurde die zulässige bauliche Ausnutzung und die Geschossflächenzahl/Grundflächenzahl sowie die daraus resultierende zulässige Geschossfläche/Grundfläche unter dem Punkt `Beitragsberechnung` festgesetzt.

Sollten zu dieser Beitragsschätzung Fragen auftreten, wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an den o. g. Mitarbeiter.

Dieses Schreiben ist kein Bescheid gem. § 8 unserer Beitragssatzung.

Mit freundlichen Grüßen

A. Monika Burmeister



Zweckverband Grevesmühlen - Karl-Marx-Str. 7/9 - 23936 Grevesmühlen

Karl-Marx-Str. 7/9 23936 Grevesmühlen

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Der Verbandsvorsteher -

Standort- und Anschlusswesen 5 Beitragserhebung-

Montag bis Mittwoch und Freitag 9.00 - 16.00 Uhr Donnerstag

9.00 - 18.00 Uhr

Mein Aktenzeichen

Sachauskunft

12 Durchwahi

t14/mb

Monika Burmeister

-716

19.11.2015

Voraussichtliche Höhe der Kostenbeteiligung bei Herstellung des Anschlusses an das öffentliche Schmutzwasser- und Niederschlagswasserentsorgungssystem

Anschlussmaßnahme: Erschließung im Bereich Testorf

Grundstück:

Satzung der Gemeinde Testorf-Steinfort

über den Bebauungsplan Nr. 3 für das Gebiet "Am Gutshof"

in Testorf - Entwurf (Planungsstand: 15.05.2013)

Berechnung der voraussichtlichen Kostenbeteiligung

a) beitragsfähige Grundstücksfläche	9.770,00 m ²
b) Zulässige Geschossfläche	4.396,50 m"
c) Zulässige Grundfläche	2.931,00 m ²
d) Beitragssatz - beitragsfähige Grundstücksfläche	0,51 EUR
e) Beitragssatz – zulässige Geschossfläche	7,16 EUR
f) Beitragssatz – zulässige Grundfläche g) Teilbeitrag – beitragsfähige Grundstücksfläche (a) x d))	5,11 EUR 4.982,70 EUR
h) Teilbeitrag – zulässige Geschossfläche (b) x e))	31.478,94 EUR
i) Teilbeitrag – zulässige Geschösshache (b) x e))	14.977,41 EUR
	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,
Kostenbeteiligung Schmutzwasser (100 %) g+h	36.461,64 EUR
Kostenbeteiligung Regenwasser (100 %) i	14.977,41 EUR

Hinweise zur Berechnung

Bitte beachten Sie, dass Schätzungen grundsätzlich unverbindliche Angaben zur voraussichtlichen Höhe des Beitrages sind, auf dessen Beibehaltung im Rahmen der Beitragserstellung kein Rechtsanspruch besteht.

Telefon (03881) 7 57-0

Telefax (03881) 75 71 11 e-mail: info@zweckverband-gvm.de Internet: www.zweckverband-gvm.de

St.-Nr.: 080/144/02307 USt-Ident-Nr.: DE137441833 Bankverbindungen: Sparkasse Mecklenburg-Nordwest Kto.-Nr. 1000 044 200 BLZ 140 510 00

IBAN DE26 1405 1000 1000 0442 00 BIC NOLADE21WIS

Commerzbank AG Kto.-Nr. 358 18 16 BLZ 130 400 00 IBAN DE02 1304 0000 0358 1816 00 BIC COBADEFFXXX

DK8 Deutsche Kreditbank AG Kto.-Nr. 20 34 22 BLZ 120 300 00 IBAN DE39 1203 0000 0000 2034 22 BIC BYLADEM1001



Berechnungsgrundlage für den Anschlussbeitrag an die Schmutzwasserbeseitigungsanlage sind die Grundstücksfläche sowie die zulässige Geschossfläche (bauliche Ausnutzung) des Grundstückes.

Grundstücksfläche und Geschossfläche werden jeweils mit einem Beitragssatz multipliziert.

Berechnungsgrundlage für den Anschlussbeitrag an die Niederschlagswasserbeseitigungsanlage ist die zulässige Grundfläche des Grundstückes.

Die Grundstücke befinden sich in einem Bebauungsplan.

Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken, die in einem Bebauungsplan liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes, wenn hierfür bauliche oder gewerbliche Nutzung vorgesehen ist.

Auf Grund der Vorgaben des Bebauungsplanes wurde die zulässige bauliche Ausnutzung und die Geschossflächenzahl/Grundflächenzahl sowie die daraus resultierende zulässige Geschossfläche/Grundfläche unter dem Punkt `Beitragsberechnung` festgesetzt.

Sollten zu dieser Beitragsschätzung Fragen auftreten, wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an den o. g. Mitarbeiter.

Dieses Schreiben ist kein Bescheid gem. § 8 unserer Beitragssatzung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Monika Burmeister